

WIR DANKEN UNSEREN WÄHLERINNEN UND WÄHLERN. FÜR DAS NEUE JAHR WÜNSCHEN WIR ALLES GUTE, GESUNDHEIT, GLÜCK UND ERFOLG!

Bize oy veren seçmenlerimize teşekkür ediyor, sağlık, esenlik ve başarılar diliyoruz. Yeni yılınız kutlu olsun!

Благодарим нашим избирателям, пожелаем вам еще больше радости, здоровья, веселья, успеха! Будьте счастливы в Новом Году!



Aufmerksam werden die Berichte von Betroffenen und die Erfahrungen aus der praktischen Sozialarbeit verfolgt.

Sozialbericht der Stadt Alles gut?

Der von den LINKEN beantragte Armutsbericht für Ingolstadt, liegt jetzt als Sozialbericht vor. Wie erwartet, steht Ingolstadt in vielen Bereichen besser da als vergleichbare andere Städte. Aber 10% Kinderarmut in einer reichen Stadt ist kein Grund sich zurückzulehnen, sondern ein Skandal. In unserer Stadt mangelt es an bezahlbaren Wohnungen. Der gemeinnützige Wohnungsbau muss deutlich mehr als bisher gefördert werden. Schon heute sind über 1000 Menschen in unserer Stadt von Altersarmut betroffen. Wenn die Hartz IV-Empfänger, die Minijobber und die Beschäftigten im Niedriglohnssektor ins Rentenalter kommen, wird diese Zahl enorm ansteigen. Neben der Schaffung von mehr existenzsichernden Arbeitsplätzen, braucht es kommunale Maßnahmen die der Altersarmut entgegenwirken. Der Sozialbericht ist eine kommunalpolitische Herausforderung für Alle. DIE LINKE wird sich ihr stellen und so die Diskussion zu diesen Themen vorantreiben. Wir haben damit begonnen, mit Betroffenen und Fachleuten sozialpolitische runde Tische zu organisieren, um so gezielt Lösungsansätze zu suchen. Nach dem großen Thema Leiharbeit haben wir uns jetzt mit der Situation Alleinerziehender auseinandergesetzt. Themen wie Kinderarmut, demographischer Wandel und die Wohnungssituation in unserer Stadt werden folgen.

Linker Sozialpolitischer Runder Tisch in Ingolstadt Risiko – Allein erziehend

Neben dem Familienpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, Jörn Wunderlich, konnte die Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter die beiden linken Stadträte und Vertreterinnen und Vertreter aus Sozialverbänden und Hilfsprojekten beim Sozialpolitischen Runden Tisch begrüßen.

Fachleuten aus CARITAS, Jobcenter, Pro Familia, Geburtshaus, Mütter-Väter-Zentrum und anderen Einrichtungen waren zusammengekommen, um das Thema „Armutrisiko Allein erziehend“ zu diskutieren. MdB Jörn Wunderlich betonte in seiner Einleitung, die Verbindung von Familie und Beruf sei gerade bei Alleinerziehenden eine zentrale Frage. Die anschließende lebhafte Diskussion wurde von der Stadträtin Ulrike Hodek moderiert. In vielen Fällen sei der Streit um den Unterhalt eine der größten Belastungen. Hier wäre es im Streitfall besser, wenn unabhängig vom Kindesalter, die Verwaltung den Unterhalt vorstreckt und auch die säumigen Zahlungen einzieht.

„Ämterwirrwarr“ und bürokratischer Aufwand waren weitere Stichworte. Übereinstimmend wurde insbesondere der Ausbau geeigneter Betreuungseinrichtungen gefordert. Ihre Öffnungszeiten müssten an den Bedarf angepasst werden. Unterschiedlich bewertet wurden die vorhandenen Angebote in der Großtagespflege und das Tagesmüttersystem. Auch bei der Beurteilung des gemeinsamen Sorgerechts nach Scheidungen, gab es verschiedene Sichtweisen. Einigkeit herrschte dagegen



beim Thema Erziehungsgeld. Die sogenannte „Herdprämie“ wurde von den Anwesenden Verbänden als geradezu kontraproduktiv empfunden. Im Verlauf des Abends kam eine Vielzahl weiterer Themen zur Sprache. Die Palette reichte von Problemen der Wohnungssuche, familienfreundlichen Arbeitszeitregelungen bis zu den Möglichkeiten der Qualifizierung, um auch bei Teilzeitarbeit genügend zu verdienen. Anregungen aus der Diskussion griff Stadtrat Jürgen Siebicke in seinen Schlussbemerkungen auf und kündigte entsprechende kommunalpolitische Initiativen im Stadtrat an.

Stadthaushalt: Minus 10%

Die Wirtschaftskrise geht auch an der Boomtown Ingolstadt nicht vorbei. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind eingebrochen. Die Stadt muss sparen! Sparen? – Aber auf wessen Kosten? Der Rotstift wird insbesondere in den Bereichen Kinder, Jugend und Frauen angesetzt. So sollen beispielsweise in der Jugendsozialarbeit die Ausgaben von 380.000 € auf 295.000 € drastisch gekürzt werden. Die Zuschüsse für das Frauenhaus sollen von 100.000 € auf 75.000 € sinken. Auch die Beamten und Angestellten unserer Stadtverwaltung benötigen scheinbar kein neues Wissen, denn Ihre Fortbildungskosten von bisher 275.000 werden auf Null gesetzt. Ein besonders heikles Thema ist die geplante Kürzung der Zuschüsse für die freien Träger von Kindertagesstätten. Nicht nur, dass diese Einrichtungen für eine ausreichende Versorgung gebraucht werden, eine Folge dieser Kürzung wird sein, dass die Gebühren für Kinderbetreuung steigen. Mit den Linken wird ein Sparhaushalt, der zu Lasten von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Eltern geht, jedenfalls nicht zu machen sein.